

## PNEU3 Wahlprogramm für die Wahlen zum oberbayerischen Bezirkstag am 14. Oktober 2018

Gremium: Vorstand des Bezirksverbands und der Bezirkstagsfraktion

Beschlussdatum: 12.05.2018

1 Bayern ist ein Land mit hoher Lebensqualität. Wir Grüne wollen Strukturen  
2 schaffen, die allen Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft und der hohen  
3 Lebensqualität in Bayern ermöglichen.

4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine inklusive Gesellschaft. Eine Gesellschaft,  
5 die niemanden aussondert, die Barrieren überwindet und die die Teilhabe aller  
6 garantiert.

- 7 • Wir stehen für die konsequente Umsetzung der in der UN-Konvention  
8 garantierten Rechte für Menschen mit Behinderung.
- 9 • Wir wollen eine menschenwürdige Pflege und eine angemessene Grundsicherung  
10 im Alter.
- 11 • Wir wollen eine bessere psychiatrische und neurologische Versorgung von  
12 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.
- 13 • Wir wollen eine bessere Versorgung von Geflüchteten
- 14 • Wir stehen für die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz.

15 Der Bezirkstag ist für viele Aufgaben aus dem Bereich der Inklusion zuständig.  
16 Darüber hinaus ist er aber auch mit Fragen der Sozialpolitik, Gesundheit, des  
17 Naturschutzes, der Jugend- und Kulturpolitik betraut - und er ist Träger von  
18 Fach- und Förderschulen.

19 Um manche Ziele zu erreichen, ist eine Änderung der gesetzlichen  
20 Rahmenbedingungen erforderlich. Beispielsweise sind im Bereich des Wohnens aber  
21 auch der Integration in den Arbeitsmarkt oder im Umwelt- und Naturschutz  
22 gesetzliche Regelungen nötig, die nur der Bayerische Landtag erlassen kann. Am  
23 14. Oktober 2018 wird neben den Bezirkstagen in den sieben Regierungsbezirken  
24 Bayerns auch der Bayerische Landtag gewählt. Bitte wählen Sie bei beiden Wahlen  
25 mit beiden Stimmen GRÜN!

26 : Übrigens:

27 : Bei der Landtags- und Bezirkstagswahl werden – anders als bei der  
28 Bundestagswahl – Erst- und Zweitstimmen für das Wahlergebnis  
29 : zusammengezählt.

30 : Wer nur 1x Grün wählt, wählt Grün nur zur Hälfte!

31 : Entscheidend ist deshalb bei der Landtags- und Bezirkstagswahl am 14.  
32 : Oktober 2018:

33 : Beide Stimmen für Grün!

34 : Wählen Sie mit Ihrer Erststimme die Grünen Direkt-Kandidatinnen und -  
35 Kandidaten in Ihrem Stimmkreis. Mit Ihrer Zweitstimme kreuzen Sie bitte  
36 : eine\*n Kandidat\*in auf der Grünen Liste an.

## 37 Grüne Politik für Menschen mit Behinderung

38 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert, sie muss als  
39 Grundlage bei allen sozialpolitischen Entscheidungen dienen. So heißt es in  
40 Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: Jede\*r hat Anspruch auf  
41 die in dieser Resolution verkündeten Rechte und Freiheiten. Allen Menschen sind  
42 gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe in Bildung und Wissenschaft, in Wirtschaft  
43 und Arbeit sowie in Freizeit und Kultur gleichermaßen zu ermöglichen.

44 Inklusion ist aber nicht nur die gesetzlich garantierte Teilhabe, Inklusion ist  
45 vor allem eine Frage der Haltung. Es geht nicht darum, dass Menschen mit  
46 Behinderungen in die Gesellschaft integriert, also hineingeholt werden.  
47 Stattdessen müssen Strukturen geschaffen werden, damit alle Menschen an der  
48 Gesellschaft von Anfang an teilhaben können. Inklusion bedeutet insbesondere  
49 auch eine Wertschätzung der menschlichen Vielfalt.

50 Es bedeutet eine Abkehr von: „Wir wissen, was gut für Dich ist“ hin zum eigenen  
51 Willen und zur Selbstbestimmung des Menschen mit Behinderung, zur Anerkennung  
52 auf Augenhöhe: Der Mensch mit Behinderung entscheidet selbst, was gut für ihn  
53 ist.

54 Jeder zehnte Mensch in Oberbayern lebt mit einer Behinderung. Und jede\*r  
55 Einzelne von ihnen ist mit Barrieren konfrontiert, die dazu führen, dass die  
56 gleichberechtigte Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft behindert wird. Nur 5 %  
57 der Behinderungen entstehen bei der Geburt, 95 % der Behinderungen entstehen im  
58 Laufe des Lebens, auch dies sollte uns alle sensibel für das Thema machen.

59 Unterschiedliche Behinderungen – körperliche, geistige, seelische, nicht  
60 sichtbare – brauchen unterschiedliche Versorgungsstrukturen, dem muss Rechnung  
61 getragen werden. Vor allem für Menschen mit geistigen Behinderungen muss die  
62 Versorgungsstruktur noch weiter ausgebaut werden; Beteiligungskonzepte für  
63 diesen Personenkreis müssen erarbeitet werden.

64 2016 wurde das Bundesteilhabegesetz beschlossen mit dem Ziel, mehr  
65 Lebensqualität für Menschen mit Behinderung zu erreichen, allerdings bleibt das  
66 Gesetz in vielen Punkten hinter den Erwartungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
67 zurück. Vor allem die Vorgabe, dass sich die Ausgaben nicht erhöhen dürfen,  
68 lehnen wir ab. Denn eine Verbesserung der Qualität wird nur mit einer Erhöhung  
69 der finanziellen Mittel möglich sein. Kostenneutralität kann niemals ein  
70 Indikator für gelungene Inklusion sein. Ein neues Gesetz, wie das BTHG, muss mit  
71 Leben gefüllt werden und sich in der Realität beweisen. Die Umsetzung auf  
72 Landesebene geschieht über ein Bayerisches Teilhabegesetz, das die Vorgaben für  
73 die Bezirke macht.

74 Wir werden prüfen müssen, wie sich z.B. das Teilhabepflanverfahren  
75 trägerübergreifend effizient und personenzentriert aufsetzen lässt, wie das  
76 Budget für Arbeit und andere Maßnahmen der Eingliederungshilfe sich  
77 unkompliziert im Sinne der Betroffenen verwirklichen lässt und in der Praxis  
78 auswirkt. Im Bezirk wird es v.a. darum gehen, Inklusionsmaßnahmen  
79 voranzubringen. Ein echtes Wunsch- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderung  
80 muss gewährleistet werden!

81 Unsere Forderungen sind:

- 82 • Überwindung der durch die unterschiedlichen Sozialgesetzbücher bedingte  
83 Aufteilung der sozialen Systeme; vor allem die Schnittstelle zwischen  
84 Jugend- und Sozialhilfe muss aufgelöst werden,
- 85 • Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung;  
86 hierbei gibt es Schnittstellen, die geklärt werden müssen,
- 87 • keine Leistungsabsenkungen bei der Bedarfsermittlung gemäß § 63a SGB XII  
88 für die Hilfe zur Pflege und die pflegerischen Unterstützungsleistungen,
- 89 • keine Schlechterstellung der Bezieher\*innen von Leistungen nach dem SGB IX  
90 (BTHG) und der Hilfe zur Pflege gemäß SGB XII bei der Vermögensanrechnung,
- 91 • Verzahnung der Leistungen der Eingliederungshilfe und der Pflege; die  
92 Anrechnung von Vermögen und Einkommen muss entfallen, wenn der Schritt von  
93 der Fürsorge zur Teilhabe gelingen soll,
- 94 • Selbstbestimmung und Wahlfreiheit bei Hilfs- und Versorgungsmaßnahmen;  
95 Kostengründe dürfen diese Wahlfreiheit nicht einschränken,
- 96 • Einrichtung einer Ombudsstelle zur unabhängigen Klärung von schwierigen  
97 Sachverhalten und Beschwerden,
- 98 • Menschen mit Behinderung steht nach § 45b SGB XI ein zusätzlicher  
99 Entlastungsbetrag in Höhe von 125 € zu: Wir fordern, dass dieser generell  
100 nicht auf die Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII  
101 angerechnet wird.

## 102 Bildung

103 Das gemeinsame Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne  
104 Behinderungen – in allen Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen – ist die  
105 Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Bildung beginnt in der  
106 frühen Kindheit und endet nicht mit den beruflichen Fortbildungen. In allen  
107 Bereichen müssen die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung mitgedacht und  
108 eingeplant werden:

- 109 • weiterer Ausbau der Inklusion in Schulen: inklusive Klassen in allen  
110 Schularten, auch in Förderzentren,
- 111 • Förderzentren als Kompetenzzentren; Ausweitung des Mobilen  
112 Sonderpädagogischen Dienstes an Regelschulen,
- 113 • mehr Personal und multiprofessionelle Teams in Kindertagesstätten, um  
114 Kindern mit verstärktem Förderbedarf gerecht zu werden,
- 115 • Ausräumung von Widersprüchen zwischen Assistenz und Pädagogik bei der  
116 Schulbegleitung: Wir wollen Schulbegleitung zu einer pädagogischen

117 Assistenz weiterentwickeln, die Verantwortung dafür soll in den Schulen  
118 angesiedelt sein,

- 119 • barrierefreie Unterrichtsmaterialien in 'Einfacher oder Leichter Sprache'.

## 120 Wohnen

121 Um das Leben unabhängig gestalten zu können, spielt die Möglichkeit, die  
122 Wohnform zu wählen, eine wichtige Rolle. Deshalb fordern wir:

- 123 • kein Kostenvorbehalt bei der Wahl des ambulant betreuten Wohnens oder dem  
124 Wohnen in einer stationären Einrichtung,
- 125 • Schaffung von mehr bezahlbarem barrierefreien Wohnraum,
- 126 • Erprobung von neuen inklusiven Wohnformen und Einrichtungen,
- 127 • Entwicklung inklusiver Wohnformen auch in großen stationären  
128 Einrichtungen,
- 129 • universelles Design: Geräte, Umgebungen und Systeme sollen derart  
130 gestaltet sein, dass sie für so viele Menschen wie möglich ohne weitere  
131 Anpassung oder Spezialisierung nutzbar sind,
- 132 • verstärkte Förderung des betreuten Einzelwohnens,
- 133 • mehr ambulantes Einzelwohnen und Wohngruppen mit intensiver Betreuung für  
134 psychisch kranke Menschen, Heimunterbringung nur im Ausnahmefall,
- 135 • regionale und wohnortnahe Heimunterbringung für psychisch kranke Menschen;  
136 der Bezirk soll nur Vereinbarungen mit Wohneinrichtungen, Wohnheimen und  
137 geschlossenen Wohnheimen abschließen, wenn die bundesweite Aufnahme von  
138 Klienten ausgeschlossen wird.

## 139 Arbeit

140 Arbeit ist ein wesentlicher Faktor, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Immer  
141 noch ist es schwierig, dass Menschen mit Behinderung auf dem sogenannten 1.  
142 Arbeitsmarkt ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis

143 erhalten. Die Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt soll oberstes Ziel bleiben.

144 Uns ist klar, dass es bis dahin noch ein weiter Weg ist. Dafür fordern wir:

- 145 • Schaffung von Alternativen zu den jetzigen Werkstätten für Menschen mit  
146 Behinderung durch andere Leistungsanbieter und das neu eingeführte Budget  
147 für Arbeit, forciertes Nutzen neu eingeführter gesetzlicher Regelungen,
- 148 • Weiterentwicklung der Qualitätsstandards für Werkstätten für Menschen mit  
149 Behinderung, um mehr Angebote für Außenarbeitsplätze und den Übergang auf  
150 den 1. Arbeitsmarkt zu schaffen,
- 151 • Erhöhung der Bezahlung in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung,
- 152 • Angebote für Weiterqualifizierungsmaßnahmen in den Werkstätten,
- 153 • stärkere Förderung von Integrationsfirmen,
- 154 • Betriebe, die die 5 %-Quote für Beschäftigung von Menschen mit Behinderung  
155 nicht einhalten, sollen stärker in die Pflicht genommen werden durch  
156 Anreize, aber auch Sanktionen. Die Möglichkeit, sich durch die  
157 Ausgleichsabgabe von der Anstellung von Menschen mit Behinderung zu  
158 befreien, soll eingeschränkt werden,
- 159 • Anstieg der Beschäftigungsquote auf 5 % auch bei den Ausbildungsplätzen,
- 160 • mehr psychosoziale Betreuung und unterstützte Beschäftigung für die  
161 Betreuung der Arbeitsplätze auf dem 1. Arbeitsmarkt, damit es für das  
162 gesamte Team ein Erfolgsprojekt wird.

## 163 Grüne Psychiatriepolitik

### 164 Finanzierung der Kliniken

165 Nach geltendem Recht ist ab dem Jahr 2017 die Anwendung des neuen Entgeltsystems  
166 für alle psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen verpflichtend.

167 Wir fordern, dass bei der Weiterentwicklung des Pauschalierenden Entgeltsystems  
168 Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) ein besonderes Augenmerk auf die  
169 sektorenübergreifende Finanzierung Wert gelegt wird, d.h. dass die Finanzierung  
170 ambulanter und stationärer Angebote miteinander verzahnt werden muss, damit die  
171 Patient\*innen lückenlos versorgt werden können ohne die Gefahr, sich zwischen  
172 unklaren Zuständigkeiten aufzureiben.

173 Ebenfalls fordern wir, dass die Notfall-Versorgung von Patient\*innen, d.h. die  
174 Aufnahme von Patient\*innen rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche,  
175 Niederschlag in der Finanzierung der PEPPs findet, da die Vorhaltekosten  
176 ungleich höher sind als bei psychiatrischen Krankenhäusern, die diese Versorgung  
177 nicht anbieten.

178 Für qualifizierte Genesungsbegleiter\*innen (Ex-In) fordern wir die Schaffung von  
179 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

## 180 Allgemeinspsychiatrie

181 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich immer für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz  
182 eingesetzt. Doch der jetzt von der Staatsregierung vorgelegte Gesetzesentwurf  
183 hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, denn nicht die Hilfe für psychisch  
184 kranke Menschen steht im Mittelpunkt, sondern kranke Menschen werden wie  
185 Straftäter behandelt.

186 Unsere Forderungen für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz:

- 187 • Festschreibung von unabhängigen Beschwerdestellen,
- 188 • angemessene Entschädigung für die in den Beschwerdestellen ehrenamtlich  
189 Tätigen,
- 190 • anonymisierte Psychiatrieerberichterstattung auf Landesebene, insbesondere  
191 der Dokumentation von Zwangsmaßnahmen,
- 192 • flächendeckender Ausbau des Krisendienstes mit Kostenübernahme durch den  
193 Freistaat und die Krankenkassen,
- 194 • Finanzierung von (zusätzlichen) mobilen Leistungen im Rahmen der  
195 Eingliederungshilfe über die Bezirke,
- 196 • zwingende Zusammenarbeit von Krisendienst und Polizei bei bevorstehender  
197 Zwangseinweisung,
- 198 • Klinik-Entlassmanagement für alle Patient\*innen, ambulante Begleitung in  
199 Übergängen sicherstellen,
- 200 • keine Unterbringungsdatei, in der personenbezogene Daten gespeichert  
201 werden.

## 202 Kinder-/Jugendpsychiatrie

203 40% der jungen Menschen zwischen 15 und 25 entwickeln eine behandlungsbedürftige  
204 psychiatrische Erkrankung. Dafür müssen die Angebote im klinischen, aber auch  
205 außerklinischen Bereich ausgebaut werden.

206 Für die Betreuung von Kindern psychisch kranker Eltern muss ebenfalls ein  
207 eigenes Angebot entwickelt werden.

## 208 Geflüchtete

209 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die in Deutschland Asyl beantragen,  
210 haben aufgrund ihres Fluchthintergrunds und ihrer Flucht selbst Traumata  
211 erlitten. Zu den Folgen gehören Einnässen, Stottern, Essensverweigerung und  
212 Angstzustände sowie posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), die eine  
213 entsprechende Behandlung erfordern.

214 Um diese Versorgung sicherzustellen fordern wir:

- 215 • Bereitstellung verständlicher und korrekter Informationen,
- 216 • bundeseinheitliche Auslegung des Anspruchs auf medizinische und  
217 psychotherapeutische Versorgung sowie Dolmetscherleistungen für  
218 Leistungsberechtigte gemäß §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz,
- 219 • Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber\*innen  
220 mit klar definiertem Leistungsspektrum,
- 221 • Sicherstellung des Zugangs zur psychiatrischen und psychotherapeutischen  
222 Versorgung,
- 223 • Aufbau von und finanzielle Sicherheit für Psychosoziale Zentren,
- 224 • Verankerung der Übernahme von Dolmetscherkosten im Sozialgesetz.

## 225 **Psychiatrie im Strafvollzug**

226 Durch den 'Fall Mollath' gab es Veränderungen in der Strafgesetzgebung für die  
227 Psychiatrie. So wurde beispielsweise der § 63 StGB durch einen Zusatz ergänzt,  
228 dass die Unterbringung in der Forensik in einer Verhältnismäßigkeit zur Straftat  
229 zu stehen hat.

230 Unsere Forderungen zur Verbesserung des Maßregelvollzugs:

- 231 • verstärkte Einrichtung von forensischen Ambulanzen,
- 232 • Kontinuität in der therapeutischen (Nach-)Betreuung,
- 233 • verstärkte Kontrolle der forensischen Kliniken durch Besuchskommissionen,
- 234 • Dokumentation der Zwangsbehandlungen.

## 235 **Grüne Politik für Menschen mit Suchterkrankung**

236 Sucht ist ein Thema, das mit einem hohen Tabu belegt ist. Es handelt sich jedoch  
237 um ein Thema, das sich längst nicht mehr am Rande unserer Gesellschaft findet.  
238 Sucht wurde zwar vor vielen Jahren als Erkrankung anerkannt und in den Katalog  
239 ICD-10 als offizielle Erkrankung aufgenommen, wird jedoch gesellschaftlich meist  
240 noch nicht als solche angesehen. Menschen mit Suchterkrankungen stoßen selten  
241 auf eine Lobby.

242 Greifbar sind allerdings die kurz-, aber auch langfristigen Schäden, die  
243 Menschen mit einer Suchterkrankung erleiden. Die Situation ist durch  
244 zielgerichtete Hilfe und eine angemessene Finanzierung wesentlich zu verbessern.

245 Über Forderungen der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. hinaus gibt es  
246 bayernregional notwendige Forderungen. Als Motor dient der Gedanke, vorhandene  
247 Strukturen und Angebote nachzubessern, zu optimieren oder auszubauen, um so  
248 langfristig die Belastungen der Hilfesysteme zu reduzieren und die Lebens- und  
249 Genesungssituation der suchtkranken Menschen zu verbessern.

250 Unsere Forderungen:

- 251 • Einbindung Suchtkranker in den Inklusionsauftrag. Hier ist der Bezirk  
252 gefordert, da viele Kommunen ihre Verantwortlichkeit abgeben und somit  
253 Sucht z.B. in lokalen Aktionsplänen zur Umsetzung der Inklusion keine  
254 Berücksichtigung findet.
- 255 • Stärkung des Behandlungssettings „ambulant vor stationär“ und  
256 flächendeckende Erweiterung der Angebote ambulanter Hilfen. Dies gilt  
257 nicht nur im Sinne des Wunsch- und Wahlrechts, sondern auch zum Erhalt von  
258 Ressourcen und der Möglichkeit des Erlangens langfristiger Stabilität im  
259 (inklusive) Sozialraum.
- 260 • Förderung der Prävention in Form von Eigenerlebnisworkshops an allen  
261 Schulformen.
- 262 • Mehr Aufklärung der Bevölkerung über die Suchterkrankungen mit dem Ziel,  
263 diese zu entstigmatisieren.
- 264 • Einbeziehung der Suchthilfe in den Krisendienst Psychiatrie.
- 265 • Ausbau der Substitutionseinrichtungen und Stärkung der  
266 Substitutionsbegleitung für Opioidabhängige.

267 Verbesserungen im Bereich Zuverdienst für Menschen mit  
268 Suchterkrankungen als wichtigen Bestandteil einer Gesundheit  
269 und Stabilisierung im Sozialraum

- 270 • Der Zugang zu Zuverdienstmöglichkeiten für Menschen mit Suchterkrankungen  
271 (auch ALG-II-Empfänger) ist wieder zu erleichtern und eine Möglichkeit der  
272 individuellen Stundennutzung des Angebotes zu schaffen. Das Angebot  
273 „Zuverdienst“ ist ein wichtiges Instrument zur Teilhabe an der  
274 Gesellschaft und zur Stabilisierung und Gesundheit dieses Personenkreises.
- 275 • Freibeträge in ALG II und Grundsicherung sollten sich stufenweise erhöhen,  
276 um zielorientiert mit den betroffenen Menschen arbeiten zu können. So kann  
277 man einer Demoralisierung entgegenwirken und positive Ressourcen und  
278 Weiterentwicklungsmöglichkeiten anregen.

279 Kinder- und Jugendliche suchtkranker (wie psychisch kranker)  
280 Eltern

- 281 • Schaffung einer verpflichtenden Vernetzungsstruktur zwischen  
282 Gesundheitsamt, Kinder- und Jugendhilfe sowie Suchthilfesystemen.
- 283 • Optimierung der vielfältigen Hilfskonzepte zur Unterstützung von Kindern  
284 suchtkranker (wie psychisch kranker) Eltern durch verbesserte finanzielle  
285 Förderung



## 286 Grüne Pflegepolitik

287 Die Hilfe zur ambulanten Pflege geht 2018 im Wege der Delegation von den  
288 Kommunen auf den Bezirk über, 2019 übernimmt die Bezirksverwaltung die  
289 Hilfeauszahlung. Die Bereiche stationär/ambulant sind dann in einer Hand, dies  
290 soll zu Verbesserungen in der Versorgung führen, durch die Auflösung der  
291 Schnittstelle Kommune/Bezirk. Bei der Berechnung der Hilfen darf es aber nicht  
292 zu einer Verschlechterung des Standards für die Hilfebedürftigen kommen.

293 Mit zunehmendem Alter steigt das Risiko, pflegebedürftig zu werden, an. Grüne  
294 Pflegepolitik stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Diejenigen, die auf Pflege  
295 und Unterstützung angewiesen sind, sollen gut versorgt und selbstbestimmt  
296 möglichst lange im vertrauten Umfeld leben können. Dafür brauchen sie ein  
297 vielfältiges und gutes Angebot an Pflege und Unterstützung sowie persönliche  
298 Beratung vor allem im ambulanten Pflegebereich.

299 Wir setzen uns deshalb ein für:

- 300 • unabhängige Beratung durch Fallmanager,
- 301 • die Einrichtung von mehreren Pflegestützpunkten in Oberbayern, die  
302 Beratung und Koordination übernehmen,
- 303 • mehr Tagesangebote (ambulante Pflege) für Menschen in einer frühen  
304 Demenzphase.

305 Außerdem haben wir die Situation derer im Blick, die in Pflegeberufen arbeiten.  
306 Sie verdienen mehr Anerkennung, Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen.

307 Wir fordern deshalb:

- 308 • Förderung/Ausbau der ehrenamtlichen Helfer ambulant und stationär,
- 309 • Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Menschen, die in der Pflege  
310 arbeiten.

## 311 Grüne Politik für Kultur und Bildung

312 Grüne Kulturpolitik ist inklusiv. Alle sollen sich beteiligen. Junge und Alte,  
313 Menschen mit und ohne Handicap, unabhängig ihrer Herkunft.

314 Grüne Kulturpolitik ist vielseitig. Kultur unterstützen wir dort, wo sie  
315 lebendig ist, sich mit unserem Leben auseinandersetzt, wo sie Vielfalt und  
316 Zusammenleben der Menschen formt. „Ein Beispiel dafür ist unser  
317 Kulturpreis der "Grüne Wanninger".

318 Unsere Kulturpolitik:

- 319 • unterstützt regionale, subkulturelle sowie junge Initiativen,
- 320 • stärkt regionale Gedenkarbeit – um unserer Verantwortung für Demokratie  
321 und Toleranz gerecht zu werden,
- 322 • ist Garant für die Aufarbeitung der Geschichte der Psychiatrie in  
323 Oberbayern während des Naziregimes und danach bis zur Psychiatrieenquete  
324 und -reform Mitte der 1970er Jahre.
- 325 • erkennt verstärkt mit ihren Kulturpreisen und Medaillen junge,  
326 subkulturelle und avantgardistische Künstler,
- 327 • baut Barrieren ab: mit leichter Sprache in der Literatur, in unseren  
328 Veröffentlichungen und Informationen, in den bezirklichen Museen, in der  
329 Verwaltung,
- 330 • fördert Kinder nach ihren besonderen Fähigkeiten bei der Bildung,
- 331 • baut Partizipation von Kindern und Jugendlichen – auch bei der politischen  
332 Entscheidungsfindung – aus,
- 333 • „unterstützt die Initiative zur Errichtung eines Oberbayerischen Arbeiter-  
334 und  
335 Industriekulturmuseums,
- 336 • unterstützt und fördert regionale wie überregionale, subkulturelle sowie  
337 junge Initiativen und die kulturelle Vielfalt in Oberbayern.“

338 Grüne Politik für Kinder und Jugendliche

339 Wir setzen uns offensiv für die Belange von Kindern und Jugendlichen im Bezirk  
340 Oberbayern ein und unterstützen dafür den Bezirksjugendring mit den notwendigen  
341 Haushaltsmitteln. Wir unterstützen die Stärkung der Jugendkultur, die  
342 Medienfachberatung, die internationale Jugendarbeit und die Fachstelle für  
343 politische Bildung.

344 Ein wichtiger Partner sind zudem die Jugendbildungsstätten, die eine hohe  
345 Kompetenz bündeln. Wir möchten diese Expertise näher an alle Regionen  
346 Oberbayerns bringen. Dafür bedarf es mehr dezentraler und flächendeckender  
347 Veranstaltungen, von denen insbesondere die kleineren Verbände, Initiativen,  
348 Vereine und Kreisjugendringe profitieren werden. Wir brauchen bedarfsgerechte  
349 Angebote und müssen die Kinder und Jugendlichen darüber besser informieren.  
350 Vieles wäre ohne das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit nicht möglich  
351 und daher wollen wir junge Menschen im Ehrenamt fördern, qualifizieren und  
352 unterstützen.

353 Wir setzen uns für die zügige Umsetzung des oberbayerischen Kinder- und  
354 Jugendprogramms ein, welches unter tatkräftiger Beteiligung der grünen Fraktion  
355 neu entwickelt wurde. Freie Bildung und Jugendkultur soll gute finanzielle und  
356 strukturelle Ausstattung erhalten, dabei aber die Unabhängigkeit des  
357 Bezirksjugendrings sicherstellen.

358 Deshalb sind unsere Ziele:

- 359 • Ausbau von Veranstaltungen wie dem Zirkusprojekt „Manege frei“ und vom  
360 Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit,
- 361 • Ausbau von Partizipation und von Angeboten für die politische Bildung,
- 362 • Schaffung von mehr inklusiven Angeboten.

### 363 Unbegleitete minderjährige und junge volljährige Flüchtlinge

364 Das Jugendhilferecht im SGB VIII sieht vor, dass Hilfen wie z.B. die Hilfe zur  
365 Erziehung nicht nur für Jugendliche bis 18 Jahre, sondern auch für junge  
366 Volljährige (18 bis 21 Jahre) gewährt werden, wenn dies der  
367 Persönlichkeitsentwicklung und einer eigenverantwortlichen Lebensführung dient,  
368 wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation des jungen  
369 Menschen notwendig ist.

370 Die Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erfolgt ebenfalls  
371 nach dem Jugendhilferecht. Somit sind die Maßstäbe des Jugendhilferechts auch  
372 für junge volljährige Flüchtlinge anzuwenden.

373 Die Betreuung dieser Altersgruppe in Maßnahmen der Jugendhilfe stellt einen  
374 wichtigen und unverzichtbaren Baustein zur Integration in unsere Gesellschaft  
375 dar.

376 Der Vollzug der Kostenerstattung obliegt den Bezirken und soll von der  
377 Landesregierung zurück erstattet werden.. Die Refinanzierung von Seiten des  
378 Freistaats ist jedoch unzureichend. Bei der Betreuung von unbegleiteten  
379 minderjährigen und jungen volljährigen Flüchtlingen handelt es sich um eine  
380 gesamtstaatliche Aufgabe, die nicht auf die kommunalen Ebenen abgewälzt werden  
381 darf. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Kosten sowohl für unbegleitete  
382 minderjährige, vor allem aber für junge volljährige Erwachsene, die nach dem  
383 Jugendhilferecht gefördert werden, vom Freistaat voll übernommen werden.

## 384 Grüne Umweltpolitik

### 385 Grüner Klimaschutz

386 Die Aufgaben des Bezirks Oberbayern werden in einer Vielzahl von bezirkseigenen  
387 Liegenschaften ausgeführt. Um dem Umweltschutz im Allgemeinen und dem  
388 Klimaschutz im Besonderen in allen Aspekten gerecht zu werden, ist es notwendig,  
389 sowohl Bestandsgebäude als auch Neubauten, die betrieblichen Abläufe und auch  
390 die Nutzung der Flächen stets hinsichtlich der Schonung der Ressourcen zu  
391 optimieren.

### 392 Vorbildliches nachhaltiges Bauen im Bezirk

393 Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit stellen die  
394 wesentlichen Themen für das Bauen im 21. Jahrhundert dar. Wir haben im  
395 Bezirkstag schon viel erreicht. Zahlreiche Beschlüsse sind auf unsere Anträge  
396 und Initiativen begründet: Beispielsweise werden einige bezirkseigene Gebäude

397 mit Fassadenbegrünungen optimiert. Photovoltaik-Anlagen sind auf  
398 Bestandsgebäuden und Neubauten verwirklicht worden.

399 Diese grünen Beschlüsse gilt es in Zukunft weiter umzusetzen und auszubauen. Wir  
400 fordern generell vorbildliche Pilotbauprojekte bei Neubauten und Umbauten des  
401 Bezirks. Endlich bauen:

- 402 • im zertifizierten Passivhaus-Standard und
- 403 • in Plusenergiehaus-Standards (mehr Energie erzeugen als verbrauchen!).

404 Wir fordern wesentliche Nachhaltigkeitsaspekte beim Planen und Bauen des  
405 Bezirks:

- 406 • weitere Optimierung von Energiestandards,
- 407 • Begrünungen von Fassaden und Flachdächern,
- 408 • Integrierung von Solartechnik.

409 Bei der Ausschreibung von Bauprojekten erfolgt die Basis für ökologisches Bauen.  
410 Wir fordern deswegen:

- 411 • Lebenszyklusberechnungen mit einer Ökobilanzierung,
- 412 • Recyclingfähigkeit der Baumaterialien (Holzbaustoff hat oberste  
413 Priorität!),
- 414 • schadstofffreie bzw. -arme Baustoffe,
- 415 • für den Artenschutz: Einplanung von Nistmöglichkeiten z.B. für Vögel und  
416 Fledermäuse bei der energetischen Gebäudesanierung und beim Neubau.

#### 417 Betrieblicher Umweltschutz

418 Um Maßnahmen des Umweltschutzes zielgerichtet einsetzen zu können, ist es  
419 erforderlich, den Energie- und Ressourcenverbrauch genau zu kennen. Der Ausbau  
420 des Umweltmanagements spart auf lange Sicht Kosten und wertvolle Ressourcen.  
421 Darum setzen wir uns für den Ausbau des betrieblichen Umweltschutzes ein. Ziel  
422 ist eine CO<sub>2</sub>-neutrale Verwaltung des Bezirks und seiner Einrichtungen. Für nicht  
423 vermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen Klimaschutzzertifikate erworben werden, die  
424 nachweisen, dass an anderer Stelle eine entsprechende Menge CO<sub>2</sub> eingespart wird.

#### 425 Ökologische Landwirtschaft

426 Über die Bezirksgüterverwaltung bewirtschaftet der Bezirk eigene Flächen. Auf  
427 Initiative der GRÜNEN wurde der Beschluss gefasst, auf Herbizide und Pestizide  
428 „so weit wie möglich“ zu verzichten. Ziel muss jedoch die ökologische  
429 Landwirtschaft sein.

430 Wir setzen uns dafür ein, dass ökologische Landwirtschaft auf den bezirkseigenen  
431 Flächen betrieben wird.

## 432 Naturschutz

433 Der Bezirk erlässt Verordnungen zu Naturparks und Landschaftsschutzgebieten und  
434 engagiert sich in Vereinen und Institutionen für den Naturschutz.

435 So ist der Bezirk Oberbayern Mitglied im Zweckverband Donaumoos. Daraus entsteht  
436 für den Bezirk die Verantwortung, sich maßgeblich für den Schutz des Donaumooses  
437 einzusetzen.

438 „Moorschutz ist Klimaschutz“

439 Wenn das Donaumoos weiterhin gleichbleibend entwässert und intensiv  
440 bewirtschaftet wird, dauert es nach Einschätzung der Experten noch etwa 50  
441 Jahre, bis der Moorkörper sich durch die Verbindung mit dem Luftsauerstoff  
442 vollständig aufgelöst hat. Dadurch geht sowohl ein wertvoller Naturraum als auch  
443 die Existenzgrundlage vieler Landwirte im Donaumoos verloren. Darüber hinaus  
444 setzt ein sich auflösendes Moor enorme Mengen an klimaschädlichem CO<sub>2</sub> frei.

445 112.000 Hektar Moor werden in Bayern landwirtschaftlich genutzt. Das sind 3,5 %  
446 der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Bayern, die aber für ein Drittel der  
447 Treibhausgase in Bayern verantwortlich sind. Intakte und naturnahe Moorflächen  
448 hingegen besitzen ein hohes Potenzial, klimaschädliches CO<sub>2</sub> aufzunehmen und zu  
449 binden, und bieten die Grundlage für einen funktionierenden Arten- und  
450 Biotopschutz.

451 • Wir setzen uns dafür ein, dass intakte Moorlandflächen im Donaumoos  
452 geschützt und darüber hinaus Maßnahmen der Wiedervernässung ergriffen  
453 werden.

454 • Für Moorflächen, die derzeit bewirtschaftet werden, schaffen wir Anreize  
455 für die Umnutzung der Flächen in Richtung einer extensiven  
456 Bewirtschaftung, vor allem aber für die Bewirtschaftung mit Nasskulturen  
457 (Paludikulturen).

458 • Um die Finanzierung im Rahmen des Moorschutzes zu stärken, unterstützen  
459 wir die Entwicklung von Klimazertifikaten, die auf Grundlage der  
460 eingesparten CO<sub>2</sub>-Mengen ausgegeben werden können.

## 461 Bienen

462 Der Bezirk Oberbayern betreibt die Fachberatung für Imkerei und leistet damit  
463 einen wichtigen Beitrag in der Förderung, der Beratung und der Aus- und  
464 Weiterbildung in der Imkerei.

465 Die Bedeutung der Honigbienen, vor allem aber der Wildbienen, zu denen  
466 beispielsweise auch die Hummeln zählen, wird mehr und mehr deutlich.  
467 Veränderungen in der Landnutzung und die zunehmende Intensivierung in der  
468 Landwirtschaft nehmen den Bienen und Insekten Nahrung und Lebensraum; Agrargifte  
469 schwächen ihre Gesundheit. Das müssen wir ändern. In der Landwirtschaft brauchen  
470 wir die Bestäuber dringend, es sind unsere wichtigsten Nutztiere, die wir aber  
471 durch die intensive Bekämpfung der vermeintlichen „Schädlinge“ und „Unkräuter“

472 bedrohen. Wir haben hier ein fatales Wirkungsgefüge in Gang gesetzt, dieses gilt  
473 es schnellstmöglich zu durchbrechen.

474 Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen verleiht der Bezirk Oberbayern bald das  
475 Label „Bienenfreundliche Kommune“. Damit werden Kommunen ausgezeichnet, die  
476 Maßnahmen ergreifen, welche die Lebensbedingungen für Bienen maßgeblich  
477 verbessern.

478 Eines ist sicher: Wenn es den Honigbienen und Wildbienen wieder besser geht, hat  
479 die Artenvielfalt insgesamt profitiert. Die Anzahl der Imker\*innen steigt zwar  
480 an, aber die Anzahl an Bienenvölkern pro Bienenhalter\*in ist rückläufig. Darum  
481 setzen wir uns dafür ein, die Fachberatung für Imkerei auszubauen und dafür eine  
482 Reihe von Maßnahmen zu ergreifen:

- 483 • personelle und finanzielle Stärkung der Fachberatung,
- 484 • stärkere Berücksichtigung der in Bayern noch über 500 vorkommenden  
485 Wildbienenarten, da die Bestäubungsleistung der spezialisierten  
486 Wildbienenarten in der Vergangenheit weitestgehend unterschätzt wurde, für  
487 die Artenvielfalt der Blühpflanzen jedoch von existenzieller Bedeutung  
488 ist, Verstärkung der Lebensraumforschung der Wildbienen,
- 489 • Ausbau der Forschung im Bereich der Imkerei bzw. der Bienenhaltung auch im  
490 Hinblick auf die Folgen des Klimawandels auf die Bienen. Die Belastung der  
491 Bienen durch Umwelteinflüsse muss in den Mittelpunkt gerückt und  
492 Grenzwerte z.B. für Pestizidrückstände im Bienenwachs müssen überdacht  
493 werden. Honig- und Wachsuntersuchungen müssen auf die Gesundheit der  
494 Bienen ausgerichtet werden,
- 495 • zusätzliche Unterstützung der Berufs- und Nebenerwerbsimkerei in punkto  
496 Ausbildung, auch um den Grad der „Professionalisierung“ in der Imkerei  
497 wieder zu erhöhen. Die naturgemäße und wesensgemäße Imkerei muss stärker  
498 in den Mittelpunkt gerückt werden. Ziele wie Honigertrag, Sanftmut etc.  
499 sind zu ergänzen in Richtung Anpassungsfähigkeit an sich verändernde  
500 Umweltbedingungen,
- 501 • Schaffung neuer Lebensräume für Bienen und Insekten z.B. durch bunte  
502 Äcker, Gärten und Wiesen.

## 503 Fische

504 Die Fachberatung für Fischerei des Bezirks Oberbayern leistet bei Gewässerschutz  
505 und Fischzucht wertvolle Arbeit, die wir weiter ausbauen wollen.

506 Gewässerschutz, Erweiterung der Artenvielfalt und Artenschutz sind uns ein  
507 wichtiges Anliegen. Die Zahl der Fische und die Artenvielfalt nehmen nur langsam  
508 zu, weil Wasserkraftwerke und andere Querbauten für Fische unüberwindliche  
509 Hindernisse darstellen und frei fließende Gewässer stark einschränken. Deshalb  
510 unterstützen wir beispielsweise die Etablierung eines neuen  
511 Mindestwasserleitfadens.

512 Weiterhin unterstützen wir das Bestreben der Fachberatung, bei Fragen des  
513 Gewässerschutzes nicht nur als „Träger öffentlicher Belange“, sondern auch als  
514 Sachverständige aufzutreten.